

# Inhaltsverzeichnis

Vorwort	XV
Abkürzungsverzeichnis	XVII
Verzeichnis der Zeitschriften und Sammelwerke	XX
Verzeichnis der Abbildungen	XXIII
Einführung	1
1. Teil: Die systematische Einordnung des Kriteriums "Entgeltlichkeit" als einkommensteuerliches Tatbestandsmerkmal	5
Kapitel 1: Entgeltlichkeit und steuerbare Handlung	5
I. Erwerbstätigkeit als Gegenstand der Besteuerung	5
II. Persönliche Steuerpflicht als Folge der steuerbaren Handlung	7
III. Entgeltlichkeit kein absolutes Bestimmungsmerkmal der steuerbaren Handlung	11
Kapitel 2: Die wirtschaftliche Tätigkeit als einkunftsartenübergreifendes Merkmal der steuerbaren Handlung	13
I. Teilnahme am Marktgeschehen	14
II. Gewinnerzielungsabsicht	16
Kapitel 3: Entgeltlichkeit als deklaratorisches Kriterium bei den betrieblichen Einkunftsarten	18
I. Das Totalitätsprinzip als Ausgangspunkt	18
II. Das Realisationsprinzip als Einschränkung des Totalitätsprinzips	23
III. Zur Funktion der sog. Realisations-tatbestände	28
A. Realisation mit und ohne marktmäßigen Umsatzvorgang	28
B. Die Realisationshandlung als deklaratorisches Kriterium zur Bestimmung der Einkünfte der Zeit und der Höhe nicht aber dem Grunde nach	31
IV. Schlußfolgerungen für die steuerliche Behandlung der Übertragung von Betriebsvermögen (Steuersubjektwechsel)	34

A.	Grundsätzliche steuerliche Relevanz des Steuersubjektwechsels (Prinzip der Personenidentität stiller Reserven)	34
B.	§ 7 Abs. 1 EStDV als Ausnahmenorm	36
Kapitel 4:	Entgeltlichkeit als konstitutives Kriterium bei den Haushaltseinkunftsarten	42
I.	Grundlagen des dualistischen Einkunftsermittlungssystems	42
II.	Folgen: Entgeltlichkeit als konstitutives Kriterium der wirtschaftlichen Tätigkeit	44
2. Teil:	Teilentgeltlichkeit als Ermittlungsproblem	50
Kapitel 1:	Darstellung und Kritik der gegenwärtig von Rechtsprechung und Schrifttum angebotenen Modelle zur Lösung des Ermittlungsproblems	50
I.	Das Rentenmodell: Die Forderung nach kaufmännischer Ausgewogenheit als Hilfsargument zur Negierung teilentgeltlicher Übertragungsvorgänge	51
A.	Die Struktur des Rentenmodells	51
1.	Die Übertragung gegen sog. "Veräußerungsleistungen" als typische und ausschließliche Erscheinungsform des entgeltlichen Geschäfts	51
a)	Die Voraussetzung der kaufmännischen Ausgewogenheit von Leistung und Gegenleistung	52
b)	Die Voraussetzung des subjektiven Veräußerungswillens	54
2.	Die Übertragung gegen "Versorgungs-" und "Unterhaltsleistungen" als Auffangtatbestand	56
a)	Das Übertragungsmotiv als Ausgangspunkt	56
b)	Private Versorgungsleistungen	57
c)	Betriebliche Versorgungsleistungen	61
B.	Ungereimtheiten des Rentenmodells	63
1.	Die Forderung nach kaufmännischer Ausgewogenheit	64
2.	Die Maßgeblichkeit des Übertragungsmotivs	65

3. Unentgeltlichkeit und Sonderausgabenabzug	67
4. Unentgeltlichkeit und gewerbesteuerliche Hinzurechnung	68
5. Unentgeltlichkeit und Saldierung mit der Gegenleistung	70
C. Fazit	73
<b>II. Das Erbfallmodell: Die Gesamtrechtsnachfolgevorstellung als Grundlage einkommensteuerlicher Unentgeltlichkeit</b>	<b>79</b>
A. Die einkommensteuerliche Problematik der zivilrechtlichen Ausgangslage	79
1. Zivilrechtliche Ausgangslage	79
2. Einkommensteuerliche Problematik	82
B. Die Gesamtrechtsnachfolgevorstellung als Lösungsansatz	83
1. Gesamtrechtsnachfolge als Begründung eines Unentgeltlichkeitsdogmas	83
2. Erbauseinandersetzung als Vergleichsfall	86
3. Die wirtschaftliche Betrachtungsweise als Hilfsargument	90
C. Abweichungen vom Unentgeltlichkeitsdogma	91
1. Mitunternehmerschaft als Entgeltlichkeitskriterium	91
2. Der Einsatz nachlaßfremder Mittel als Entgeltlichkeitskriterium	94
D. Kritik an der Gesamtrechtsnachfolgevorstellung als einkommensteuerlichem Unentgeltlichkeitskriterium	97
E. Zur Struktur des Entgeltlichkeitsproblems bei Erbfall-Übertragungen	101
1. Übergang des wirtschaftlichen Eigentums als maßgebliches Kriterium zur Beantwortung der ersten Ausgangsfrage	102
2. Übergang des wirtschaftlichen Eigentums kein hinreichendes Kriterium zur Beantwortung der zweiten Ausgangsfrage	105

III.	Das zivilrechtlich orientierte Standardmodell: Schenkung unter Auflage contra gemischte Schenkung	109
A.	Die Struktur des Standardmodells	109
B.	Indizien für die einkommensteuerliche Irrelevanz der zivilrechtlichen Qualifizierung eines Sachverhalts als Schenkung unter Auflage oder gemischte Schenkung	114
1.	Zweck der zivilrechtlichen Unterscheidung zwischen Auflage und (Teil-)Entgelt	115
2.	Materielle Auswirkungen der zivilrechtlichen Unterscheidung zwischen Auflage und (Teil-)Entgelt	118
C.	Die Fehlinterpretation der relevanten Sachverhalte durch die BFH-Rechtsprechung	122
D.	Nachweise für eine grundsätzliche Inkongruenz des zivilrechtlichen und des einkommensteuerlichen Entgeltlichkeitsbegriffs	124
1.	Zivilrechtliche Subjektivierung contra einkommensteuerliche Objektivierung	124
2.	Unterschiedliche Anforderungen an Entgeltsform und -qualität	128
E.	Einkommensteuerliche Folgerungen (Stellungnahme)	133
1.	Notwendigkeit einer eigenständigen Bestimmung des einkommensteuerlichen Entgeltlichkeitsbegriffs	133
2.	Erfordernis einer terminologischen Präzisierung	135
Kapitel 2:	Lösung des Ermittlungsproblems auf der Grundlage der einkommensteuerlichen Systematik	137
I.	Strukturierung des Ermittlungsproblems	137
II.	Das qualitative Ermittlungsproblem	140
A.	Grundlinien zur systematischen Behandlung des qualitativen Ermittlungsproblems anhand der vorgegebenen Struktur	140

1. Die Frage der Leistungsveranlassung	140
a) Leistungsveranlassung aus der Sicht des Leistenden	142
aa) Das Veranlassungsprinzip als aus dem Nettoprinzip abgeleitete systematische Grundlage	142
bb) Zum Inhalt des Veranlassungsprinzips	146
cc) Anschaffungskostenkriterien	149
dd) Kritik an der Zweiteilung der Leistungsveranlassung durch die Rechtsprechung (Exkurs)	157
b) Leistungsveranlassung aus der Sicht des Empfangenden (Korrespondenzproblematik)	163
aa) Die direkte Korrespondenz (Zweiseitigkeit)	163
bb) Die indirekte Korrespondenz (Dreiecksbeziehungen)	165
aaa) Ausgangssituation	165
bbb) Lösungsalternativen	168
c) Zusammenfassung	176
2. Die Frage der Leistungsform	179
a) Grundaussage des § 8 EStG: Güter in Geld oder Geldeswert	179
b) Konkretisierung der Grundaussage	183
aa) Marktfähige Güter und Leistungen	183
bb) Zugang bzw. Zufluß	188
cc) Abgrenzung der relevanten (marktfähigen) von den irrelevanten (ideellen) Gütern und Leistungen	190
B. Bestimmung der Entgeltsqualität der strittigen Leistungen auf der Basis der bisher gewonnenen Erkenntnisse	197
1. Übertragungssachverhalte	197
a) Übertragungen gegen Einmalzahlung	197
aa) Direkte Leistungen	197
bb) Indirekte Leistungen (Dreiecksbeziehungen)	198

b) Übertragungen gegen wiederkehrende Zahlungen	199
c) Übertragungen gegen die Übernahme von Verbindlichkeiten	203
aa) Übertragung von Wirtschaftsgütern des Privatvermögens	204
bb) Übertragung von Betrieben, Teilbetrieben und Mitunternehmeranteilen	207
aaa) Die aus dem Wortlaut des § 7 Abs. 1 EStDV abgeleitete Saldotheorie	207
bbb) Notwendigkeit der Unterscheidung zwischen betrieblichen Verbindlichkeiten und Übertragungsverbindlichkeiten	214
d) Übertragungen gegen Sachgüter	215
e) Übertragungen gegen die Übernahme von wertbeeinflussenden Nutzungsbelastungen	217
aa) Problematische Sachverhalte und Meinungsstand	217
bb) Kritik an den einzelnen Lösungsansätzen	222
cc) Lösungsvorschlag: Nutzungsüberlassung als potentielles Übertragungsentgelt	226
aaa) Der vollentgeltliche Fall	227
bbb) Der teilentgeltliche Fall	231
ccc) Der unentgeltliche Fall	234
f) Übertragungen durch Erbfall und Erbauseinandersetzung	239
aa) Auflösung der Erbfallübertragungen in zwei Grundtypen	240
bb) Zur Entgeltlichkeit der einzelnen Vermögensübertragungen	242
aaa) Der einstufige Vermögensübergang (Verteilungsfall)	242
bbb) Der mehrstufige Vermögensübergang (Gesamthandsfall)	247
aaaa) Der Nachlaß enthält nur Betriebsvermögen	248
bbbb) Der Nachlaß enthält nur Privatvermögen	249

cccc) Der Nachlaß enthält Betriebs- und Privatvermögen (Mischnachlaß)	257
2. Dienstleistungen und Nutzungsüberlassungen	260
a) Dienstleistungen	261
b) Nutzungsüberlassungen	262
aa) Zur Entgeltsqualität der kritischen Leistungen bei Vollentgeltlichkeit (Rechtslage)	262
aaa) Lastenübernahme	262
aaaa) Übernahme der Erschließungskosten durch den Erbbauberechtigten	262
bbbb) Übernahme von Eigentümerlasten durch den Nießbraucher	264
bbb) Werterhöhende Baumaßnahmen	266
aaaa) Gebäude	266
bbbb) Mietereinbauten	266
bb) Stellungnahme und Prüfung der Übertragbarkeit dieser Rechtsprechung auf die teilentgeltlichen Sachverhalte	267
aaa) Leistungsform	268
bbb) Leistungsveranlassung	270
aaaa) Bei bereits bestehender steuerbarer Handlung	271
bbbb) Bei noch festzustellender steuerbarer Handlung	272
III. Das quantitative Ermittlungsproblem	275
A. Objektiver und subjektiver Entgeltlichkeit <b>s</b> begriff	275
B. Zur Ermittlung des "objektiven" Wertes	277
1. Marktentgelt als Ausgangsgröße	277
2. Notwendigkeit der Trennung von ökonomischen und nicht-ökonomischen Abweichungskriterien	280
3. Prüfschema zur Erfassung der "Bandbreite"	283

a) Gesetzliche Methode und Methode der Finanzverwaltung	283
b) Prüfung anhand von vier Grundaussagen	287
3. Teil: Teilentgeltlichkeit als Behandlungsproblem	291
Kapitel 1: Teilentgeltlichkeit als vom Einkommensteuerrecht weitgehend ignorierte Möglichkeit der Sachverhaltsgestaltung	291
Kapitel 2: Abstecken des Wertungsrahmens	296
I. Die vom Zivilrecht angebotenen Lösungsansätze	296
II. Irrelevanz der zivilrechtlichen Differenzierungsgründe für die Einkommensteuer	298
III. Trennungstheorie (Aufteilungsmethode) als adäquater einkommensteuerlicher Wertungsansatz	301
IV. Wertmäßige statt gegenständliche Aufteilung	303
Kapitel 3: Die einkommensteuerliche Behandlung der teilentgeltlichen Sachverhaltsgruppen im einzelnen	307
I. Teilentgeltliche Übertragungssachverhalte	307
A. Teilentgeltliche Übertragung von Betriebsvermögen	308
1. Betriebe, Teilbetriebe und Mitunternehmeranteile	308
a) Im Schrifttum angebotene Lösungsalternativen	308
b) Stellungnahme	311
c) Tarifvergünstigung gemäß § 34 Abs. 2 EStG und Freibetrag gemäß § 16 Abs. 4 EStG bei teilentgeltlicher Übertragung	316
2. Einzelwirtschaftsgüter des Betriebsvermögens	318
a) Teilentgeltliche Übertragung aus privatem Anlaß	318
b) Teilentgeltliche Übertragung aus betrieblichem Anlaß	321
c) Teilentgeltliche Übertragung und 6 b-Rücklage	323

d) Teilentgeltliche Übertragung und die Bewertungssonderregeln des § 6 Abs. 1 Nr. 4 a, b und Nr. 5 a EStG	325
<b>B. Teilentgeltliche Übertragung von Wirtschaftsgütern des Privatvermögens</b>	<b>327</b>
1. AfA-Bemessungsgrundlage	327
a) Aufteilungsmethode als allgemein anerkannter Ermittlungsgrundsatz	327
b) Besonderheiten bei der Abschreibung von Gebäuden	328
aa) Abschreibungen gemäß § 7 b EStG/Sonderausgabenabzug gemäß § 10 e EStG 1987	328
bb) Teilentgeltlicher Erwerb und anschaffungsnaher Herstellungs-aufwand	331
2. Teilentgeltliche Übertragung und Spekulationsgeschäft	332
a) Vollentgeltliche Übertragung teilentgeltlich erworbener Wirtschaftsgüter	332
b) Teilentgeltliche Übertragung vollentgeltlich erworbener Wirtschaftsgüter	336
c) Teilentgeltliche Übertragung teilentgeltlich erworbener Wirtschaftsgüter	337
3. Teilentgeltliche Übertragung von Anteilen an einer wesentlichen Beteiligung	339
a) Teilentgeltliche Übertragung einer kompletten wesentlichen Beteiligung	340
b) Teilentgeltliche Übertragung eines nicht wesentlichen Anteils einer wesentlichen Beteiligung	341
aa) Teilentgeltliche Übertragung vollentgeltlich erworbener Anteile	342
bb) Vollentgeltliche Übertragung teilentgeltlich erworbener Anteile	343

---

cc) Teilentgeltliche Übertragung teilentgeltlich erworbener Anteile	346
c) Einlage von teilentgeltlich erworbenen Anteilen an einer wesentlichen Beteiligung in ein Betriebsvermögen	349
II. Teilentgeltliche Nutzungsüberlassungen und Dienstleistungen	354
A. Teilentgeltliche Nutzungsüberlassungen	354
1. Wertmäßige Aufteilung als aktuelle Lösungsvorgabe	354
2. Werbungskostenverteilung bei zweistufiger Einkunftserzielung	358
B. Teilentgeltliche Dienstleistungen	360
Kapitel 4: "Überentgeltlichkeit" als Spiegelbild der Teilentgeltlichkeit	363
Quellenverzeichnis	366
Stichwortverzeichnis	415